

Die Reform der Uno droht zu scheitern

Keine Einigung kurz vor Beginn der Generalversammlung

Bis kurz vor Beginn der 60. Uno-Generalversammlung am Mittwoch haben sich die Mitgliedstaaten nicht auf ein geplantes Reformpaket einigen können. Bestenfalls ist eine verwässerte Version der von Annan vorgelegten Reformvorschläge zu erwarten.

rote. New York, 13. September

Als «Jahrhundert-Gipfel» ist die Eröffnung der 60. Uno-Generalversammlung im Vorfeld angekündigt worden. Über 170 Staatschefs sollen an der Tagung, die am Mittwoch in New York beginnt, teilnehmen. Ursprünglich wollten sie die im Jahr 2000 festgesetzten Millenniumsziele bestärken und sich hinter Reformbeschlüsse stellen, welche die Vereinten Nationen durchsetzungsfähiger, erfolgreicher und transparenter machen sollten. Nun ist aber bestenfalls eine verwässerte Version des von Generalsekretär Annan initiierten Reformpaketes zu erwarten. So soll zwar beispielsweise der neue Menschenrechtsrat, eine Kernforderung der Schweiz, gegründet werden. Form, Modalitäten und Kompetenzen werden aber erst zu einem späteren Zeitpunkt definiert.

Auch auf eine Definition von Terrorismus verzichtet die Erklärung, an der am Dienstag weiter gearbeitet wurde. Sie bestärkt lediglich, dass eine Konvention im Kampf gegen den Terrorismus dringend notwendig sei und bis im September 2006 abgeschlossen sein solle. Fieberhaft versuchten europäische Delegationen in der Nacht auf Dienstag weiter, einen Kompromiss zwischen den Forderungen der USA und jenen einer Gruppe von Schwellenländern zu finden. Die USA wollen mehr Macht von der Generalversammlung auf das Generalsekretariat übertragen. Dagegen wehren sich Länder wie Pakistan oder Ägypten. Eine solche Verschiebung von Kompetenzen würde ihrer Ansicht nach nur die Position der USA stärken.

Anspruchsvollstes Projekt seit 1945

«Die Zeit läuft uns davon», beklagte eine Schweizer Uno-Mitarbeiterin am Montag. Bis zum Gipfel sollte das Dokument in alle sechs offiziellen Uno-Sprachen übersetzt und kopiert vorliegen. Dies sei kaum mehr zu erreichen, erklärte die Diplomatin. Notfalls würden die Verhandlungen während der Eröffnungsreden der Staatschefs bis Freitagabend weitergehen. Zu Beginn der Generaldebatte am Samstag muss aber zumindest die Grundsatzerklärung stehen.

Die Reform gilt als das anspruchsvollste Projekt seit der

Gründung der Uno im Jahr 1945. Nach der Debatte um den Krieg im Irak 2003 und der Veröffentlichung des kritischen Volcker-Berichtes in der vergangenen Woche über Korruption und fehlerhafte Führung des Irak-Hilfsprogrammes «Öl für Nahrung» muss die Uno zeigen, dass sie reformfähig ist. Generalsekretär Annan rief die Verhandlungsleiter entsprechend dazu auf, grössere Kompromisse einzugehen. «Es geht hier um ein gegenseitiges Geben und Nehmen», erklärte er. Die Reformen sollten ursprünglich den Verwaltungsapparat der Uno vereinfachen und rechenschaftspflichtiger gestalten. Ein Friedens-Ausschuss sollte gegründet, der Uno-Sicherheitsrat erweitert und seine Funktionsweise verbessert werden. Zudem sollte eine gemeinsame Basis für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus und gegen die Armut geschaffen werden. Nun können sich die Diplomaten nicht auf Inhalte und Formulierungen einigen, die allen Mitgliedstaaten genehm sind. Laut Stephane Dujarric, dem Sprecher des Generalsekretärs, sind zwar im Bereich der Entwicklungshilfe, des Kampfes gegen den Terrorismus und der Verwaltungsreform Fortschritte erzielt worden. Weiterhin herrsche aber Uneinigkeit bei Themen wie Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Drohende Verwässerung des Vorhabens

Die Schwellenländer sind nicht gewillt, Zugeständnisse zu machen, ohne Gegenleistungen zu erhalten. Sie fürchten, dass ein stärkerer Schutz der Menschenrechte und eine Minderung der Kompetenzen der Generalversammlung ihre Interessen gefährden könnte. Von einer Erhöhung der Entwicklungshilfe würden diese Länder beispielsweise nicht profitieren, da die Hilfe nur den ärmsten Ländern zugute kommt. Da das Schlussdokument im Konsens angenommen werden muss, droht eine Verwässerung der Reform, die der Uno Glaubwürdigkeit und Durchsetzungskraft hätte bringen sollen. Laut Mitarbeitern stehen rund 180 Länder hinter den Vorschlägen von Annan und Jean Ping, dem Präsidenten der 59. Generalversammlung. Nur etwa 10 Staaten - unter ihnen die USA, Russland, China und Pakistan - blockierten den Prozess. Ausgerechnet jene, die am lautesten nach einer Reform der Uno geschrien hätten, bildeten nun den Bremsklotz, kritisierte entsprechend ein Uno-Mitarbeiter.